

Anja Jungfer

Kurskorrekturen: Volksfront und „Judenfrage“ in der Exilzeitung *Der Gegen-Angriff* 1933 – 1936

Als Antwort auf den Reichstagsbrand und dessen Konsequenzen, im Widerstand gegen die Hitlerdiktatur sowie deren Propaganda wurde Ende April 1933 in Prag die Zeitung *Der Gegen-Angriff* [ab hier: GA] ins publizistische Leben gerufen. Das kommunistische Blatt verfolgte unter Chefredakteur Bruno Frei besonders im Hinblick auf die Sozialdemokratie zunächst eine eher sektiererische Linie.¹ Im weiteren Verlauf wurde der radikale Kurs, beeinflusst durch historische Ereignisse, politische Weisungen und neue persönliche Erkenntnisse, korrigiert und der GA avancierte zum Fürsprecher von Einheitsfrontaktionen und Volksfrontpolitik. Der Aufruf zur Bündelung sämtlicher antifaschistischer Kräfte bezog, obwohl die Arbeiterklasse ein Adressat und Schwerpunkt blieb, nun auch linksbürgerliche und andere widerständische Gruppierungen mit ein. Präexistente Positionen zur „Judenfrage“ erhielten nach 1933 zusätzliche Dimensionen und machten es notwendig, bestimmte Konflikte neu zu verhandeln.

Als prägnantes Beispiel für diese Verortungsschwierigkeiten und als auf zukünftige, schwerwiegende Krisen hinweisende Problemstellung soll hier der Diskussionsstand der sogenannten „Judenfrage“ in Zusammenhang mit dem Aufgreifen der Volksfrontpolitik betrachtet werden. Dazu werden exemplarische Beiträge aus verschiedenen redaktionellen Ressorts und Sparten, die den breiten, (parteien-)übergreifenden Widerstand gegen Hitler thematisieren, mit Debatten, die verschiedene Entwürfe zur Auflösung der „Judenfrage“ aufzeigen, in Beziehung gesetzt. Die verschiedenen Rollenzuschreibungen für Jüdinnen und Juden werden hinsichtlich ihrer Funktionen für den jeweiligen politischen Standpunkt befragt, da diese sich von zunehmend staatlich manifestiertem Antisemitismus und ideologischem Kern der als „Hitlerterror“ wahrgenommenen Repressalien bis hin zum Gegenstand von Kontroversen innerhalb verschiedener Widerstandsgruppierungen auffinden lassen. Darüber hinaus wird untersucht, ob und inwieweit die veränderte Priorisierung des proletarischen Klassenkampfes, die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse und die Annäherung an die bürgerlichen

¹ Gespräch mit Bruno Frei. In: *Der Gegen-Angriff*. Autoren-, Personen- und Sachregister. Mit Beiträgen von Bruno Frei. Hrsg. von Wolfgang Krämer u. Gerhard Müller. Worms 1982. S. 7–26. Hier S. 11. Frei bezeichnet dies hier als „das Weimarer Erbe, das wir mit herübergebracht hatten.“

Schichten Verhandlungen der „Judenfrage“ beeinflusst und das Verständnis des Verhältnisses zwischen (kommunistischer) Arbeiterbewegung, antifaschistischem Widerstand und der zeitgenössischen Situation der jüdischen Gesellschaft(en) verändert haben.

In den drei Jahrgängen des GA wird die Zuspitzung tradierter politischer, sozialer und kultureller Konflikte sichtbar. Darüber hinaus erschwert die nationalsozialistische Übernahme und Neubestimmung bereits existierender Terminologie jüdischen und nicht-jüdischen, proletarischen wie bürgerlichen Bevölkerungsgruppen, ihre Positionen zu definieren oder abzugrenzen. Demgegenüber entstehen neuartige Solidaritätsbekundungen und Aktionsbündnisse, die eine tendenzielle Annäherung von „Judentum“ und „Arbeiterbewegung“ nahelegen.

* * *

Die Gründungsumstände des GA werden unterschiedlich dargestellt. Der ehemalige Chefredakteur Bruno Frei, österreichischer Kommunist und Jude², der bis zum Reichstagsbrand u. a. für *Die Weltbühne* und *Berlin am Morgen* tätig war, berichtet, die Idee dazu sei ihm und Franz Carl Weiskopf (auch Wieland Herzfelde wird erwähnt) im März 1933, direkt nach der Flucht aus Berlin, gekommen.³ Um die Menschen aufzuklären und publizistischen Widerstand u. a. gegen Goebbels' *Angriff* aus dem tschechoslowakischen Exil leisten zu können, musste jedoch zunächst die finanzielle Grundlage geschaffen werden. Zu diesem Zweck fuhr Frei, mit einer ersten Ausgabe zur Ansicht, zu Willi Münzenberg nach Paris. Dieser war bereit, die Publikation zu unterstützen. „Dann gingen wir an die Arbeit. Weiskopf und ich beschlossen, eine Arbeitsteilung vorzunehmen: Weiskopf machte die AIZ [Anm.: die *Arbeiter-Illustrierte Zeitung*], und ich machte den GA.“⁴ Im Gegensatz dazu verortet Babette Gross, Gefährtin und Biografin Münzenbergs, die Idee und Motivation zur Gründung der Zeitung eher bei diesem selbst und schreibt dementsprechend:

Bruno Frei war nach dem Verbot von *Berlin am Morgen* nach Paris geflohen. Gleichzeitig tauchte auch Alexander Abusch auf. [...] Mit Abusch und Frei als Redakteuren gründete Münzenberg in bewußter Anspielung auf Goebbels' *Angriff* eine Wochenzeitung, den Gegen-

² Vgl. Haug, Wolfgang Fritz: Erinnerungen an Bruno Frei. [Nachruf] 1988. www.wolfgangfritzhau.inkrit.de/documents/Frei-nachruf88.pdf (08.03.2017). Dort heißt es: „Jüdische Kultur und Arbeiterbewegung haben sich in ihm zu einer jener unvergesslichen Gestalten verbunden, wie sie nach 1917 im Umfeld der Kommunistischen Internationale aufgetaucht sind.“

³ Frei, Bruno: Geleitwort. In: Krämer/Müller: Register (wie Anm. 1), S. 1–5. Hier S. 1.

⁴ Gespräch. In: Krämer/Müller: Register (wie Anm. 1), S. 7–26. Hier S. 7.

Angriff. Der Journalist Berthold Jacob [...] brachte uns mit dem Druckereibesitzer Mink in Verbindung, der sich bereit erklärte, den Gegen-Angriff [...] zu drucken.⁵

Bruno Freis Autobiografie akzentuiert die Unabhängigkeit der Gründung: „Niemand gab uns Ratschläge, geschweige denn Befehle. Auch Geld gab uns niemand.“ Weiskopf hätte jemanden gefunden, „der sich bereit erklärte, die erste Nummer [in Prag] auf Kredit zu drucken“, woraufhin Frei sich auf den Weg machte:

Ich reiste, ein Hasardeur, mit dem druckfeuchten Zeitungsblatt [...] nach Paris, wo Willi Münzenberg und seine Leute an der Herausgabe des Braunbuchs arbeiteten. Mein Blendwerk – die Zeitung sah aus, als wäre sie bei Ullstein gedruckt – sollte zeigen, was man machen kann, also machen muss. Das Spiel gelang: Ich brachte nach Prag die Garantie mit, daß der Gegenangriff, der natürlich in der Zwischenzeit nicht gedruckt worden war, vierzehntägig erscheinen könne.⁶

Die Schilderungen mögen nicht sonderlich widersprüchlich erscheinen, jedoch stellt sich die Frage, ob die von Frei betonte Unabhängigkeit eine spätere Strategie gewesen sein könnte, um die Nähe zur Komintern zumindest nicht in den Vordergrund zu rücken.⁷ Das Netz von Herausgeberschaften und Verantwortlichen ist, der Exilsituation geschuldet, zumindest bemerkenswert, wie auch die sich verändernde Ausrichtung der Zeitung. Die dabei entstehenden Irritationen oder blinden Flecke werden noch genauer zu betrachten sein. Ausschlaggebend ist, dass der GA ab Ende April 1933 regelmäßig und unter der im Folgenden zusammengefassten Zielstellung erscheinen konnte.⁸ Es galt, die Stimme im Namen des „geschundenen, geknechteten Deutschlands“ zu erheben, in Zeiten, in denen sämtliche traditionellen Feinde der freien Gesellschaft („Junker, Soldateska, Ausbeuter, Raubritter“ usw.) die „sozialen und kulturellen Nutznießer der faschistischen Konterrevolution“ sind. Der GA stellte sich hinter die „deutsche Arbeiterklasse, verbunden mit allen werktätigen Schichten des Volkes“ und soli-

⁵ Gross, Babette: Willi Münzenberg. Eine politische Biografie. Mit einem Vorwort von Arthur Koestler. Stuttgart 1967. S. 255.

⁶ Frei, Bruno: Goldenes Prag (1933–1935). In: Ders.: Der Papiersäbel. Autobiografie. Frankfurt am Main 1972. S. 165–173. Hier S. 167.

⁷ Vgl. Hardt, Hanno [u. a.] (Hrsg.): Presse im Exil. Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933–1945. München [u. a.] 1979. S. 143. Der GA wird hier unter „Exilpublizistik in Frankreich“ subsumiert und somit die Verbindung zum Pariser Exil deutlicher gewichtet als der Prager Standort.

⁸ Sämtliche Quellenangaben zu Beiträgen im Gegen-Angriff beziehen sich auf die Reprintausgabe, hrsg. vom Zentralantiquariat der Deutschen Demokratischen Republik. Leipzig 1982. Ab jetzt zitiert als GA. Die hier verwendeten Seitenzahlen beruhen auf eigener Zählung.

darisierte sich mit dem Widerstand gegen die „SA-Kasernen des Geistes“, wo alles zertrampelt würde, „was das deutsche Volk in Jahrhunderten an Kultur und Wissen, an Kunst und Bildung aufgehäuft hat. [...] [W]ahre Kunst nennen sie ‚artfremd‘, was nicht der Kriegsschürung, der nationalen und rassenmäßigen Verhetzung dient, nennen sie ‚jüdisch‘ – und schlagen es tot.“⁹

Vom 1. Oktober 1933, Heft 11 des I. Jahrganges, bis 1935 existierten zwei regionale Varianten des GA, was auf die jeweiligen lokalen Bezüge des Prager und des Pariser Kreises zurückzuführen ist. Laut Frei hatte sich die tschechische KP einer antifaschistischen Wochenzeitung gegenüber von Anfang an aufgeschlossen gezeigt. „Aber“, so lautete die Bedingung, „eine Seite müßt ihr uns geben.“ Die Regionalseite für die Sudetendeutschen, genannt *Der Gegen-Angriff in der Tschechoslowakei*, wurde dementsprechend mit fertigen Manuskripten von einem von der KPC bestimmten Mitarbeiter versehen.¹⁰ Die Pariser Ausgabe, *Der Gegen-Angriff im Westen*, wurde gemäß Münzenbergs Forderung mit lokalem Inhalt erstellt, der sich „im besonderen mit Problemen beschäftigen [würde], die im Westen im Vordergrund des Interesses stehen.“ Genauer wäre dies „das Verhältnis von Faschismus und bürgerlicher Demokratie, das Problem des Saargebietes, die Aufgaben und Schwierigkeiten der Pariser Emigration.“¹¹

* * *

Die Auflage des GA bestand schätzungsweise aus 8000 bis 12.000 Exemplaren, von denen der größte Teil über Exilgruppen kolportiert wurde und ihm den Ruf einbrachte, „das verbreitetste Organ der deutschen antifaschistischen Emigration“ zu sein.¹² Die illegale Verbreitung in Deutschland war ein wichtiges Instrument, um dort den Widerstand antifaschistischer Aktionsbündnisse und die programmatische Entlarvung von NS-Lügen öffentlich zu machen. Dazu fand Material unterschiedlicher Herkunft – darunter eine Mischung von fingierten und echten Zuschriften – in die Zeitung Eingang, welches redaktionell und gemäß der politischen Agenda aufbereitet und präsentiert wurde.¹³ Da Frei selbst keine direkten Verbindungen nach Deutschland hatte, stammten die im GA veröffentlichten einschlägigen Berichte ausschließlich vom illegalen Apparat der KPD.¹⁴ Neben Artikeln und offiziellen Dokumenten waren es vor allem zahlreiche „Ar-

⁹ Redaktion: Genug (wie Anm. 8), S. 1.

¹⁰ Vgl. Gespräch. In: Krämer/Müller: Register (wie Anm. 1), S. 7.

¹¹ Redaktion: An unsere Leser! In: GA 11 (1933). S. 1.

¹² Vgl. Hardt [u. a.]: Presse (wie Anm. 7), S. 143. Hier wird auf eine Äußerung Bruno Freis auf der Konferenz über die Prager deutsche Literatur 1965 verwiesen.

¹³ Vgl. Gespräch. In: Krämer/Müller: Register (wie Anm. 1), S. 10.

¹⁴ Vgl. Gespräch. In: Krämer/Müller: Register (wie Anm. 1), S. 8.

beiterbriefe“, mit deren Hilfe die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland dargestellt werden sollte. Damit war ein hoher Grad an Glaubwürdigkeit durch Augenzeugenschaft gegeben und der GA zielte so direkt auf seinen Wirkungskreis in der Arbeiterbewegung sowie seine avisierte antifaschistische Leserschaft ab. Die einen wie die anderen – es gab durchaus Divergenzen bei den Zielgruppen – sollten die Wahrheit erfahren, etwa über die Arbeitsbeschaffung in Deutschland oder die Ausnutzung des sogenannten SA-Proleten durch das kapitalistische System. Auch der antifaschistische Widerstand der Arbeiter wurde in solchen Briefen thematisiert, gerade weil ab Ende 1934 u. a. zunehmend Berichte über Solidarisierung mit deutschen Juden auftauchten, die, als Akte zivilen Ungehorsams beschrieben, als erste Impulse in Richtung Volksfront gewertet werden können.

Nun war der GA keine Arbeiterzeitung und auch kein politisch-theoretisches Organ für parteiideologische Diskussionen. Er verstand sich vielmehr als Multiplikator in der kulturellen Emigration. Ein guter Teil der Produzenten und der Adressaten der Zeitung stammten aus den Reihen der sogenannten Geistesarbeiter, wobei dem Standort Prag und seiner Literatur spezifische Bedeutung zukam. Prag bot sowohl die historischen als auch die gesellschaftlichen Voraussetzungen, um der literarischen und der politischen Emigration nicht nur Asyl, sondern auch Heimat zu bieten, denn neben der Hervorbringung einer Literatur voll „mystische[r] Element[e], [...] Phantastik [und] nebelhafte[r] Atmosphäre“ war in den dortigen Schriftstellerkreisen auch eine Hinwendung zu Literatur der Revolution und das „Bekenntnis zum tschechischen Volk, zur Arbeiterklasse“ ausschlaggebend gewesen.¹⁵ Darüber hinaus führten die seit etwa 1910 stetig intensivierten kulturellen Beziehungen und persönlichen Netzwerke Prager und Berliner Kreise dazu, dass Prag ab 1933 Aufenthaltsort und Drehkreuz für heterogen ausgerichtete politische Gruppierungen, Parteistrukturen, Verlage, Redaktionen und Hilfsorganisationen, die über die deutsch-tschechoslowakische Grenze hinweg wirkten, wurde.¹⁶ Die nicht zu vermeidenden Interessenskonflikte wirkten sich auf das jeweilige Selbstverständnis der Emigration als besondere literarisch-kulturpolitische und politisch-aktivistische Situation aus. Allerdings verzögerten Konflikte der Literaten untereinander zunächst die Etablierung eines

¹⁵ Satonski, Dmitri Wladimirowitsch: Zur gesellschaftlichen Situation der Prager deutschen Literatur. In: Weltfreunde. Konferenz über die Prager deutsche Literatur. Hrsg. von Eduard Goldstücker. Prag und Berlin 1967. S. 183–186. Hier S. 184 f.

¹⁶ Prags Atmosphäre wird oft als dreifaches Ghetto bezeichnet, aus dem zahlreiche Intellektuelle flohen. Vgl. u. a. Hofmann, Fritz: Egon Erwin Kisch. Der Rasende Reporter. Eine Biografie. Berlin 1988. S. 91; Schlenstedt, Dieter: Egon Erwin Kisch. Leben und Werk. Westberlin 1985. S. 96.

einheitlichen intellektuellen Widerstandes. In diesem Umfeld sah es nicht nur der GA als eine seiner Aufgaben an, die z. B. von Alfred Döblin angemahnte Einheit der Emigrationsliteratur zu fördern.¹⁷

Bruno Frei verfügte durch seine Tätigkeiten in Wien und Berlin über intellektuelle Netzwerke und Verbindungen zu Schreibenden. Mit regem Interesse, an diesem damals einzigen KP-nahen, antifaschistischen Organ mitzuwirken, wandten sich die Exilierten von sich aus an die Redaktion, wodurch das Angebot an Textbeiträgen stets umfangreich war.¹⁸ Das Feuilleton des GA diente dabei nicht nur als Publikationsort für die emigrierte deutsche Literatur und dem Erhalt der gefährdeten Netzwerke, sondern auch dem Austausch mit beispielsweise tschechoslowakischen und sowjetischen Künstlern, deren kollektive und individuelle Entwicklungen entlang solcher Linien wie Proletarisierung, Antifaschismus oder Internationalisierung nachzuvollziehen sind.¹⁹

Für Prags Vielschichtigkeit als Exilzentrum, Ort kultureller Hybridität, Konfliktherd zwischen Kommunismus und nationaler Identität, Klassenkampf und monarchisch geprägter Nostalgie beispielhaft ist auch eines seiner Kinder: Egon Erwin Kisch hatte, trotz seltener persönlicher Anwesenheit zwischen 1933 und 1936, große Bedeutung für den GA und die beschriebene kulturpolitische Situation. Von der ersten Ausgabe an, in der sein kriminalistisch geprägter Bericht über die Hintergründe des Reichstagsbrandes²⁰ erschienen war, erhob er immer wieder seine Stimme als politischer Publizist – und das, obwohl er teilweise äußerst unzufrieden mit der Arbeit der Redaktion gewesen sein soll. Kisch war nämlich, Bruno Frei zufolge, ein erklärter Gegner der lärmenden Aufmachung der antifaschistischen Emigrationspresse und es heißt:

Er protestierte gegen typografische Hervorhebungen in Artikeln durch fette oder gesperrte Schrift und merkte an: „Als Leser lasse ich mich nicht von einem hergelaufenen Redakteur bevormunden. Ihr wollt mich zwingen zu lesen, was ihr für richtig haltet. Das will ich mir aber selber aussuchen können.“²¹

17 Vgl. Frei, Bruno: Die deutsche antifaschistische, literarische Emigration in Prag 1933–1936. In: Goldstücker: Weltfreunde (wie Anm. 15), S. 361–371.

18 Vgl. Gespräch. In: Krämer/Müller: Register (wie Anm. 1), S. 9.

19 Vgl. u. a. Weiskopf, Franz Carl: Unter fremden Himmeln. Ein Abriss der deutschen Literatur im Exil 1933–1947. Berlin 1981 [1948].

20 Vgl. Kisch, Egon Erwin: Der Reichstagsbrand. Kriminalistische Bemerkungen. In: GA 1 (1933). S. 5. Dieser Artikel ist in mehreren anderen Exilpublikationen, u. a. auch unter dem Titel *In den Kasematten von Spandau*, veröffentlicht worden.

21 Frei, Bruno: Kisch in Paris. [1935] In: Servus Kisch. Erinnerungen. Rezensionen. Anekdoten. Hrsg. von Fritz Hoffmann u. Josef Poláček. Berlin/Weimar 1985. S. 35–39. Hier S. 38.

Diese Mahnung galt nicht nur der Auswahl und der redaktionellen Bearbeitung des Materials, sondern auch für die Verhandlung des eigenen Standpunktes des GA, welche sich von ihrer ursprünglichen Abgrenzung gegen jegliche Position, die nicht der der KP entsprach, weiterentwickeln musste, um zwischen den verschiedenen politischen Stoßrichtungen des Widerstands zu vermitteln und inklusiv zu wirken. Sicher trug zum sensationalistischen Eindruck der Zeitung auch die Tatsache bei, dass sich die Beiträge häufig direkt auf nationalsozialistische Äußerungen beriefen und diese dann als diskursive Ereignisse auf die Texte zurückwirkten, wie an einigen Beispielen noch zu zeigen sein wird.²²

* * *

Nach dem Reichstagsbrand 1933 sahen sich sämtliche Gruppen sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiterbewegung in die Illegalität gedrängt und befanden sich zudem in ernsthaftem Konflikt miteinander, allein hinsichtlich der Positionierungen zur Sowjetunion und zum „Dritten Reich“. Die erbitterten Debatten lassen sich anhand der Inhalte des GA ebenso nachverfolgen wie der schwierige Weg, den die Arbeiterparteien – und vor allem deren Führungen – vom Weimarer Erbe, über die „Einheitsfront“ zur Bildung der großen antifaschistischen „Volksfront“ zurückzulegen hatten.²³

Der Begriff der Einheitsfront wurde bis 1935 für die strukturelle Annäherung von Kommunismus und Sozialdemokratie, die sogenannte „Einheit von unten“, gebraucht. Zuzeiten des GA stand er damit im Gegensatz zur Theorie des Sozialfaschismus und der noch sehr deutlichen, in der Zeitung repräsentierten Kritik an der SPD-Führung, namentlich an Carl Severing. Ab 1934 mehrten sich jedoch Berichte über Angebote der KPD zur Zusammenarbeit.²⁴ In den Beiträgen dient „Einheitsfront“ als Berichtshintergrund realer politischer Aktionen, wird als erstrebenswertes Ziel formuliert oder ist als humanistisch geprägtes Gebot, Arbeiter und Intellektuelle mögen sich „gegen die Faschisierung Mitteleuropas“ vereinigen, bereits vorweggenommen, wie z.B. im Einleitungsartikel des Prager Universitätsprofessors František Šalda, Gründer des überparteilichen Hilfskomitees für Emigranten. Dessen Warnung, „dass ein entarteter Nationalismus zur Bestialität führt“ und als reaktionär unter Aufbietung aller vereinten Kräfte zu

²² Ein Beispiel ist Themenseiten-Überschrift „Juda verrecke – Der Schlachtruf der Hunnen.“ in der ersten Ausgabe des GA. Auch Kisch nahm sich diese Strategie in späteren Jahren an, was an zahlreichen Texten der 1940er Jahre deutlich wird.

²³ Zahlreiche ungezeichnete Artikel werden hier unter „Anonym“ geführt. Redaktionelle Beiträge kleinerer Sparten sind mit Urheberschaft „Redaktion“ versehen.

²⁴ Anonym: Die Aktionseinheit in Deutschland. Kommunisten und Sozialdemokraten im gemeinsamen Kampf gegen den Hitler-Faschismus. In: GA 46 (1934). S. 5.

bekämpfen sei²⁵, ähnelt dem Aufruf Romain Rollands an die Jugend von Juni 1933. Jedoch betont dieser, die Einheit müsse völkerübergreifend gesucht werden, da auch jeder nationalistisch motivierte Antifaschismus der falsche Weg und der zu bekämpfende Feind „die Presse des Generalstabs und der Bourgeoisie“ sei.²⁶ Quantitativ ist in den Jahrgängen II und III eine weitere deutliche Zunahme an Beiträgen zu verzeichnen, die die „Einheitsfront“ thematisieren, deren Definition und Stoßrichtung jedoch auffallend heterogen gefasst werden. Die realpolitische antifaschistische Zusammenarbeit von KPD und SPD konnte ihre Festigkeit dennoch bei dem Kampf um die Saarabstimmung 1934 als einer ersten Feuerprobe unter Beweis stellen. Ungeachtet dessen, dass die Abstimmung letztendlich nicht das erhoffte Ergebnis erzielte, gelang die Einheitsfront als sichtbares Zeichen für die weitere Entwicklung²⁷ und die folgenden Aktionsbündnisse schlossen weitere Interessengruppen ein, wie etwa katholische Gruppierungen, Jugendbünde oder Gewerkschaften.

In seiner spezifischen Verwendung kam der Terminus „Volksfront“ erst ab dem III. Jahrgang des GA, 1935 und im Zuge der auf dem VII. Weltkongress propagierten politischen Wende der Komintern auf. Aktiv distanzieren sich die Beiträge fortan von „Sektierertum“, Diffamierung der ebenfalls in Prag ansässigen Exil-SPD und der Sozialfaschismusthese.²⁸ Stattdessen wurden sämtliche antifaschistischen und auch linksbürgerlichen Kräfte als Bündnispartner im Widerstand angesehen und dementsprechend adressiert. Der GA sah etwa im I. Internationalen Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur, der Mitte 1935 in Paris stattfand, einen wichtigen Schritt in diese Richtung, was sich sowohl im Feuilleton als auch in zahlreichen Zuschriften von Schriftstellern widerspiegelte. Im Resümee zum zweijährigen Jubiläum der Zeitung schreibt Bruno Frei:

In dem Kampf um die Gewinnung der nichtproletarischen Schichten, insbesondere der Intellektuellen, leistet der ‚Gegen-Angriff‘ heute wichtigere Arbeit denn je. [...] In dem Kampf

25 Vgl. Šalda, František Xaver: Einheitsfront das Gebot der Stunde. [sic] In: GA 1 (1933). S. 8.

26 Rolland, Romain: An das junge Europa! [Aus Anlass der Sammlung der Jugend in der Front gegen den Faschismus und gegen den imperialistischen Krieg] In: GA 3 (1933). S. 1.

27 Vgl. u. a. Bayer, Ernst [= Alexander Abusch]: Das große Beispiel an der Saar. In: GA 47 (1934). S. 2. Im Artikel wird „zur großen Volksfront gegen die braune Barbarei“ aufgerufen, wobei die Einheitsfront als Grundlage angesehen wird, „den Durchbruch in die Kreise der Katholiken an der ganzen Front zu erreichen. Die Einheitsfront muß sich mit den katholischen Hitlergegnern zur antifaschistischen Volksfront verbünden.“

28 Nach Krämer/Müller liegt „ein großes Verdienst der Zeitung und ihres Chefredakteurs“ in „der Propagierung der Volksfrontpolitik, verbunden mit der Aufhebung einer pauschalen Diffamierung der Sozialdemokratie.“ Vgl. Einleitung. In: Krämer/Müller: Register (wie Anm. 1), S. 29–48. Hier S. 45.

um die Einheitsfront zur Wiederherstellung der geschlossenen Stoßkraft der deutschen Arbeiterklasse ist der ‚Gegen-Angriff‘ gerade in den letzten Wochen [!] an Schichten herangekommen, die bisher abseits standen.²⁹

Interessant ist die Weisung, dass der Fokus zwar auf nicht-proletarische Schichten ausgeweitet werden soll, die deutsche Arbeiterklasse jedoch noch immer hervorgehoben wird. Dementsprechend ist die zeitweilige Aussetzung des Klassenkampfes zugunsten des antifaschistischen Widerstandes hier noch nicht als Forderung formuliert und es wird, ähnlich wie im Falle der „Einheitsfront“, der komplexe, verschieden assoziierte Gebrauch des Begriffs der „Volksfront“ deutlich. Ende 1935 stellt sich die Frage: „Was eint die Volksfront?“³⁰ Als Antwort werden „die Möglichkeiten eines gemeinsamen Kampfprogrammes aller deutschen Hitlergegner“ und die Offenheit der Kommunistischen Partei aufgezeigt. Anlass war u. a. die Äußerung Hitlers auf dem Nürnberger Parteitag, seine Gegner wären sich nur im Negativen einig. Unter der Forderung „Für die Einheitsfront und die breiteste Volksfront“ wird noch einmal angemahnt, dass ersteres Gewerkschaften, Funktionäre und Organisationen kommunistischer wie sozialdemokratischer Ausrichtung einschließt, während zweitgenanntes auf das „Zusammengehen aller antihitlerischen Volksschichten, einschließlich der Katholiken und Demokraten“ abzielt. Im Vordergrund steht der strukturelle Widerstand gegen das totalitäre System durch die Rückeroberung von Massenorganisationen, Komitees und politischen Funktionen. Themen wie (ideologischer) Rassismus, Hegemonieanspruch durch Ausgrenzung als nicht-deutsch erachteter Kultur und internationaler Widerstand gegen Kriegsbedrohung kommen an dieser Stelle nicht zur Sprache.

Die ersten umfassenderen Erfolge der Volksfrontpolitik werden in den letzten Ausgaben des Jahres 1936 dokumentiert, wobei durch deren Etablierung und der Solidarisierung mit den Spanienkämpfern indirekt auch das Ende des GA besiegelt war. Nachdem die Zeitung noch kurze Zeit von Lex Ende redigiert und unter dem Namen *Deutsche Volkszeitung* in Prag erschien, wurde sie eingestellt.³¹ Bruno Frei wirkte unterdessen bis zu seiner Emigration nach Mexiko im Pariser Kreis um Münzenberg. Die avisierte Volksfrontpolitik der Komintern selbst galt

²⁹ Vgl. Wolfgang Krämer u. Gerhard Müller: Einleitung. In: Krämer/Müller: Register (wie Anm. 1). S. 29 – 48. Hier S. 39; Franz, Karl [= Bruno Frei]: Zwei Jahre ‚Gegen-Angriff‘. In: GA 15 (1935). S. 2.

³⁰ Anonym: Was eint die Volksfront? Für welche Forderungen ist der gemeinsame Kampf aller Hitlergegner möglich? In: GA 40 (1935). S. 1.

³¹ Vgl. Gerber, Jan: Ein Prozess in Prag. Göttingen 2016. S. 117. Die Umbenennung in *Deutsche Volkszeitung* ist ein Kennzeichen für die Inklusion sämtlicher Bevölkerungsschichten in den Widerstand. Ähnlich verläuft dies laut Gerber im Falle der *Arbeiter-Illustrierten Zeitung* (AIZ), die zur *Volksillustrierten* wird.

spätestens ab 1939, infolge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes, als gescheitert.

Auch die Begriffsbestimmungen und Verhandlungsmodalitäten der „Judenfrage“ wandelten sich zwischen 1933 und 1936. Was sich in der Anfangszeit des GA vornehmlich noch als Debatte um die Gegenstände „historischer Antisemitismus“ und „nationalsozialistische Ideologisierung“ ausdrückte und durch vornehmlich marxistische Konzepte zur (Auf-)Lösung der Judenfrage konterkariert wurde, entwickelte sich in den Folgejahren zur politischen Realität. Während der Übergangsphase zwischen Einheitsfront und Volksfront wurden, wenn im GA Diskussionen zwischen kommunistischen, sozialdemokratischen und anderen antihitlerischen Gruppen stattfanden, Repressalien gegen Jüdinnen und Juden jedoch weitestgehend ausgeklammert. „Judenfrage“, „jüdische Frage“, „Judenhetze“, „Judenproblem“, Boykotte und Pogrome werden zunächst als Symptome von aufbrechenden Konflikten auf verschiedenen Gesellschaftsebenen gesehen, nicht aber als eigenständige Thematik und Charakteristikum des Nationalsozialismus.

Aus heutiger Sicht handelt es sich bei dem Weg in die Shoah, ausgehend von der Verwissenschaftlichung der Rassenideologie, deren Verbindung mit nationalsozialistischer Hetzpropaganda, bis hin zur Schaffung entsprechender staatlicher Grundlagen wie den Nürnberger Gesetzen um ein historisch nachverfolgbares Phänomen. Zeitgenössische Perspektiven dagegen sind jedoch zwangsläufig sowohl eingeschränkter als auch komplexer: Die Situation der vornehmlich, aber nicht ausschließlich deutschen Juden wurde noch während der 1930er Jahre als Erklärungsmodell für unterschiedlichste politische aber auch kulturelle Spannungen herangezogen.

Während die innenpolitische Funktion der „Judenfrage“ vor allem mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Dritten Reiches und damit verbundenen sozialen Unruhen einherging, wurde sie außenpolitisch vor allem als Kriegsvorbereitung und zur Stabilisierung des Feindbildes Sowjetunion instrumentalisiert. Die Zuspitzung der miteinander verbundenen Juden- und Kommunismusfeindlichkeit kann im GA auch anhand von dessen Bezugnahme auf die nationalsozialistische Presse nachvollzogen werden. Die Klassenunterschiede innerhalb der jüdischen Bevölkerung spielten dabei stets eine wichtige Rolle, da der „Rassenkrieg“ aus kommunistischer Sicht nichts anderes war als Klassenkampf,

mit dem Ziel, die Arbeiterklasse zu spalten und die kapitalistischen Eliten weiterhin zu schützen.³²

* * *

Der zunehmende Druck auf die Jüdinnen und Juden innerhalb Deutschlands wurde auch vom GA als klassenabhängig wahrgenommen und dargestellt. In einer nachträglichen Einschätzung heißt es:

Für ein kommunistisches Blatt beschäftigte sich der GA relativ viel mit der Judenfrage. Grundsätzlich wurde kein Unterschied gemacht zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Kapitalisten, da beide als Klasse, die andere ausbeutete und Hitler zur Macht verholfen hatte, abgelehnt wurden. Der GA bezog scharf Stellung gegen den Zionismus und hielt die Rettung der Juden nur für möglich im Rahmen des gemeinsamen Kampfes aller Hitler-Gegner.³³

Die „Judenfrage“ wird im GA zwar bereits im Zusammenhang mit einem umfassenden antifaschistischen Widerstand thematisiert, jedoch wird Antisemitismus eher als Symptom und Defensive des Nationalsozialismus, nicht als dessen ideologischer Kern verstanden. Der Klassenkonflikt galt auch innerhalb der jüdischen Bevölkerung als prominent, da Repressalien zuerst die Werktätigen betrafen. Der Kampf gegen den Kapitalismus hatte zunächst noch oberste Priorität, während der Faschismus ein reaktionäres Hindernis für die proletarische Revolution darstellte.³⁴ Die Ablehnung nationalstaatlicher Lösungen im Sinne des Zionismus wurde offen ausgedrückt, wobei schon evident war, dass die marxistisch angestrebte (Auf)Lösung durch Assimilation, sobald die Klassengegensätze aufgehoben worden seien, in absehbarer Zeit nicht erfüllbar war. Die omnipräsente Bedrohung für alle Juden wurde zwar allmählich spür- und sichtbar, jedoch konnte von der Einbeziehung bürgerlicher Kräfte – also auch jüdischer – in den Widerstand 1933/34 noch keine Rede sein. Als Beispiel für die Zusammenstellung dieser verschiedenen Perspektiven kann eine der „Themenseiten“ herangezogen werden, wie sie im Verlaufe der Erscheinungszeit des GA einige Male zu finden sind.³⁵

³² Vgl. u. a. Münzenberg, Willi: Hitlers Schwarze Hundert. In: *Unsere Zeit* (UZ) 6 (1934). S. 2–5; Lenin, [N.]: Pogromhetze gegen Juden. In: GA 1 (1933). S. 6 und UZ 6 (1934). S. 6.

³³ Hardt [u. a.]: Presse (wie Anm. 7), S. 146. Es wird hier auf sechs Ausgaben sowie die Sondernummer von *Unsere Zeit* zur Judenfrage verwiesen (Juni 1934). Dabei werden die kleineren redaktionellen Sparten nicht berücksichtigt, sondern lediglich auf umfangreichere Themenseiten verwiesen.

³⁴ Vgl. Münzenberg: Hundert (wie Anm. 32); Lenin: Pogromhetze (wie Anm. 32).

³⁵ Vgl. mehrere Artikel unter der Seitenüberschrift „Juda verrecke“ – Der Schlachtruf der Hunnen. Alle Quellen des folgenden Absatzes in: GA 1 (1933). S. 6.

Im April 1933 postuliert der von E. Migrè gezeichnete Artikel *2x Lösung der Judenfrage* die marxistische Position in Verbindung mit der realen sowjetischen Umsetzung, nachdem die Spezifik der deutschen „Judenfrage“ folgendermaßen dargelegt wird:

[D]ie Judenfrage in Deutschland ist keine isolierte Erscheinung, sie kann nur betrachtet werden im Zusammenhang mit den gesamten gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen Deutschlands überhaupt. Sie ist ein Teil der gesellschaftlichen Ordnung, respektive Unordnung die gegenwärtig in Deutschland herrscht [...].

Es folgt ein Absatz über Marx' „geniale Konzeption ‚Zur Judenfrage‘“, in welcher der „Jude“ als soziale Funktion im Kapitalismus definiert und die Auflösung des Typus eines „Luftmenschen“ durch seine „Produktivisierung“ angestrebt wird. Der Autor nimmt an, dass die „Liquidation“ der Judenfrage mit dem Umsturz der kapitalistischen Ordnung vollzogen sei, da sie ihrer Voraussetzung beraubt wäre. In Deutschland würde dies durch „das unzüchtige Bündnis zwischen Nationalsozialismus und Industrie verhindert“. Demgegenüber seien die Juden in der Sowjetunion gleichberechtigt am sozialistischen Aufbau beteiligt, womit ihre traditionellen Rollenzuschreibungen in der Gesellschaft zukünftig immer weniger Bedeutung hätten. Positiv wird erwähnt, dass die Zahl der jüdischen Arbeiter gestiegen sei und weiter: „Der Typus der überflüssigen Vermittler, Zwischenhändler, Kommissionäre, der ‚Luftmenschen‘ und, selbstverständlich, der jüdische Kapitalist ist verschwunden. Die sozialen Gegensätze bestehen nicht mehr. Die Juden sind als Kaste aufgehoben worden.“³⁶

Zentral stehen hier Lenins 1919 aufgenommene Worte zum Antisemitismus, den er in erster Linie als Abwehrkampf gegen die proletarische Revolution fasst. Antisemitismus bedeute demzufolge nicht nur ein ausgesprochenes Hindernis für die Einheit der Arbeiterklasse und sei als reaktionär abzulehnen, sondern der Judenfeindschaft und jenem der sie säht, gebühre, laut Lenin, die gleiche „Schmach und Schande“ wie dem „verfluchten Zarismus“ selbst.³⁷

Die Vorstellung Julius Streichers, „Führer des Pogroms [und] ältestes Inventar der NSDAP, dessen Nürnberger Wochenzeitung [...] selbst in der nationalsozialistischen Revolverjournalistik eine unbestrittene Gipfelleistung der Unflätig-

³⁶ Migrè, E.: 2 x Lösung der Judenfrage. In: GA 1 (1933). S. 6. [Die Begriffe „Produktivierung“ und „Produktivisierung“ werden im GA synonym, je nach Verfasser, verwendet. Auch in der Sekundärliteratur finden sich beide Schreibweisen. Hier wird bei Zitaten die originale Wortwahl übernommen und bei eigener Verwendung „Produktivierung“ benutzt.]

³⁷ Lenin: Pogromhetze (wie Anm. 32).

keit“ darstellt, ist direkt daneben gesetzt.³⁸ Nicht nur das Wesen der Judenhetze als voyeuristische Perversion, sondern auch die kriminelle Energie von in Hitlerdeutschland erfolgreichen Populisten wird hier unterstrichen. Befremdlich mutet die Überschrift *Juden, die für Hitler sind* an. Eingeteilt in „die Nationalen“, „die Frommen“ und „die Reichen“ werden Gruppen vorgestellt, die mit Hitler Berührungspunkte aufweisen, was Freund- und Feindbilder angeht. Bei den Nationalen ist es der Sieg der völkischen Idee an sich. Die Frommen wenden sich gegen Kommunismus und Atheismus, vor allem aber gegen die Sowjetunion, die mit beidem die religiöse Orthodoxie bedroht. Die „Reichen“ wiederum stehen aus wirtschaftlichem Interesse bei Hitler. Daraus folgt die Frage: „Wo stehen die armen Juden?“

Als mögliche Antwort könnte eine Karikatur von 1934 mit dem Titel *SA-Mann Wörtlich und die Judenfrage* dienen, in welcher die Konflikte zwischen Judenhass und wirtschaftlichem Interesse, zwischen Antisemitismus und Kapitalismus aufgegriffen und satirisch zugespitzt werden.³⁹ Der zunächst „Mein Kampf“-lesende und „Natürlich sind die Juden schuld!“-rufende SA-Mann begeht einen tätlichen Angriff auf einen gut gekleideten und wohlgenährten jüdischen Bankier. Nach entsprechender Beschwerde beim „Führer“ höchstpersönlich mit dem Verweis „Hab ich dafür gegeben meine Millionen?“, wird der SA-Mann selbst festgesetzt. Mit der Anschuldigung, er würde den Aufbau der nationalen Wirtschaft stören, landet er gemeinsam mit einem offensichtlich verarmten Juden hinter Gittern. Dieser benennt sein Vergehen mit: „Ich hab verkauft Streichhölzer um zu haben Brot für meine Kinder.“ Der auf das Jiddische und somit eventuellen ostjüdischen Hintergrund hinweisende Sprachgebrauch des Mitgefangenen greift erneut die Abgrenzung zum assimilierten und privilegierten Bankier auf.

Bildliche Darstellungen gängiger Stereotypen von Juden und antijüdischen Ressentiments⁴⁰ und auch die verwendeten Begrifflichkeiten lösen – vor allem beim heutigen Leser – Irritationen aus. Auch der dezidiert historische Blickwinkel auf die „Judenfrage“, bei der es sich ursprünglich und auch zu Beginn des hier angelegten Betrachtungszeitraumes um eine emanzipatorische Fragestellung handelte, hilft nur bedingt, das diskursive Unbehagen einzugrenzen. Dies wird verstärkt, wenn das Ringen um eine „Lösung der Judenfrage“ zur Sprache kommt, denn es führt, obgleich in verschiedenen politischen Lagern diskutiert, beinahe

³⁸ Anonym: Wir stellen vor: Julius Streicher, der Führer des Pogroms. In: GA 1 (1933). S. 6.

³⁹ „SA-Mann Wörtlichs Abenteuer im Dritten Reich“, erschienen unter verschiedenen Schwerpunkten als „Roter Pfeffer“. Beilage des GA. Hier: SA-Mann Wörtlich und die Judenfrage. GA, 1 (1934) (o.S.).

⁴⁰ Vgl. z. B. Referenzen zur „Ritualmordausgabe“ des „Stürmer“ oder die Karikatur „Film der Woche. Die Juden sind schuld.“ In: GA 22 (1934). S. 7.

zwangsläufig zu Assoziationen mit den nationalsozialistischen Maßnahmen ab 1941, die den Beginn der Shoah kennzeichnen. Bruno Freis Aussage Ende der 1970er Jahre, hinsichtlich der „Judenproblematik, Zionismus und Solidarisierung mit den verfolgten Juden“ befragt, verwundert daher kaum:

Hier muß ich eine Selbstkritik vorbringen. – Die Linie der Partei war, den Zionismus als reaktionäre Strömung zu bekämpfen und die Assimilation zu propagieren. Auschwitz hat dann eine Wende bedeutet; nicht, daß ich Zionist geworden wäre, aber ich habe die jüdische Frage anders gesehen als bisher. Bis Auschwitz habe ich die Linie der Partei in der Judenfrage verfolgt, und das spiegelt sich auch im „Gegen-Angriff“ wider. [...] Nun hat dies aber mit der Solidarität mit den von Hitler verfolgten Juden nichts zu tun. Die Judenfrage ist nicht die Frage der jüdischen Emigranten. Wir haben versucht, die jüdischen Emigranten in die Einheits- und Volksfront, in den Kampf gegen Hitler miteinzubeziehen, was uns auch z.T. gelungen ist.⁴¹

Frei unterscheidet selbst einerseits zwischen der zeitgenössischen Perspektive und dem Wissen aus der Retrospektive, andererseits macht er auf einen Wahrnehmungsunterschied aufmerksam, der sich auf die jüdische Frage im Allgemeinen bezieht. Er konstatiert, dass Debatten über eigene Siedlungsgebiete oder die Garantie nationaler Bürgerrechte für Juden im Gegensatz zu Diskussionen über das Streben nach kultureller Eigenständigkeit oder Assimilation während der 1930er nicht zwangsläufig mit der Solidarisierung mit verfolgten Juden und deren subsequenter Einbindung in den antifaschistischen Widerstand einhergingen. Inwiefern „jüdische Emigration“ im o.g. Zitat hier bereits als komplexes Konzept gesehen wird, ist nicht ganz klar. Spätere Sichtweisen betonten jedoch, dass auch innerhalb dieser Begrifflichkeit Unterschiede zwischen jüdischen Flüchtlingen und politisch Exilierten gemacht wurden, die voneinander abweichende Ansätze des Widerstandes und gegenläufige Positionen gegenüber Deutschland, Rückkehrmöglichkeiten und Zukunftsentwürfen für die Zeit nach Ende des Krieges verfolgten.⁴²

Die Vielschichtigkeit und die zunehmende Relevanz einer „Judenfrage“ ab 1934 sowie die Notwendigkeit eine Positionsbestimmung wird auch in wiederholten

⁴¹ Gespräch. In: Krämer/Müller: Register (wie Anm. 1), S. 21.

⁴² Vgl. u. a. Walter, Hans-Albert: Jüdische Massenemigration und politische Exilierte – eine notwendige Unterscheidung. In: Ders.: Bedrohung und Verfolgung bis 1933. (Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Band 1) S. 197–207; Kisch, Egon Erwin: Kulturarbeit in Mexiko. In: Ders.: Läuse auf dem Markt. Vermischte Prosa. Texte aus dem Nachlass. (Gesammelte Werke in Einzelausgaben. Band 12) Berlin/Weimar 1985. S. 180–184; ders.: Widerstände. In: Kisch: Läuse (wie Anm. 42), S. 185–187.

Hinweisen auf eine Sonderausgabe der Monatszeitschrift *Unsere Zeit* deutlich, die unter dem Thema *Zur Judenfrage* im Juni 1934 erschien. Im GA wird in zahlreichen augenfälligen Anzeigen auf dieses Sonderheft hingewiesen, worin der Leser mit brennenden Fragen konfrontiert und gleichzeitig mit Antworten und Argumentationen sowie einer Übersicht über die variierenden Ausprägungen der „Judenfrage“ ausgestattet werden soll.⁴³

Sie wollen wissen, was hinter den Pogromandrohungen der Goebbels und Streicher steckt? Wissen Sie, wie die Sozialdemokratie zur Judenfrage steht? Wissen Sie, was die Rassenforschung sagt? Kennen Sie die „Ritualmordnummer“ des „Stürmer“? Kennen Sie den Zionismus und den jüdischen Faschismus? Kennen Sie die Produktivierung der Juden in der Sowjetunion, die Lösung der Judenfrage im Sozialismus?⁴⁴

In Willi Münzenbergs Eröffnungsartikel wird unter der Fragestellung „Was will Hitler?“ nicht nur darauf hingewiesen, worauf der Nationalsozialismus aus zeitgenössischer Sicht abzielt, sondern auch, welche Propaganda dafür nutzbar gemacht werden soll: Die Juden seien schuld, so würden die Naziführer brüllen, um von ihrer eigenen Schuld abzulenken.⁴⁵ Der Leser wird in den nachfolgenden Beiträgen über Antisemitismus und klassisch kommunistische Sichtweisen auf Judenhass und Pogrome aufgeklärt.⁴⁶ Der Bogen wird zu den aktuellen Ausprägungen der Judenverfolgungen im Jahr 1934 gespannt, indem z. B. Rückgriffe auf die „Ritualmordausgabe“ des *Stürmer* vorgenommen werden. Ein Artikel, der das Verhältnis von „Sozialdemokratie und Judenfrage“ ausleuchtet, verweist auf Konflikte, die im Zuge der „Entartung“ und „Zersetzung“ der II. Internationale deutlich würden, da die Bourgeoisie die einst abgelehnten Ideologien dazu nutzt, die Herrschaft Weniger über Viele zu konsolidieren, die sich mittlerweile als Herrschaft der einen über die andere Rasse zugespitzt hätte.⁴⁷ Dies werde gerade beim „Judenproblem“ sichtbar:

Die Führung des mitteleuropäischen Reformismus macht dem antisemitischen Regierungsfaschismus deutliche Zugeständnisse, während die britische Arbeiterpartei philosemitisch sich für Palästina begeistert, weil es ein Juwel im Schatz der britischen Dominions ist und die jüdisch-reformistischen Organisationen ‚Bund‘ und Poale Zion sich gegenseitig die Köpfe einschlagen – alles im Schoß ein und derselben Internationale. Denn hier ist für den

⁴³ Vgl. Lenin: Pogromhetze (wie Anm. 32).

⁴⁴ Anzeige. In: GA 22 (1934), S. 2. [Synonyme Verwendung von Produktivierung/Produktivisierung gemäß Zitat. Vgl. auch Anm. 36].

⁴⁵ Münzenberg: Hundert (wie Anm. 32), S. 4.

⁴⁶ Vgl. Lenin: Pogromhetze (wie Anm. 32); Springer, Rudolf: Der Antisemitismus. In: UZ 6 (1934). S. 7–11.

⁴⁷ Wrage, Albert: Sozialdemokratie und Judenfrage. In: UZ 6 (1934). S. 47–52.

ganzen verrotteten Kreis Platz. [...] Hier fragt man nicht nach sozialistischen Grundsätzen, hier werden nur Verdienste um die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft gezählt.⁴⁸

Während Engels und Bebel die „Judenhetzer“ bekämpft hätten, würde Noske durchaus Verständnis für Hitlers „Rassenbarbarei“ aufbringen und selbst die ehemals einhellige Ablehnung des Antisemitismus bedeute längst keinen einheitlichen Standpunkt in Bezug auf eine positive Lösung der Judenfrage. Der bolschewistische Standpunkt betont die Einigkeit des Proletariats, die von der reaktionär-antisemitischen und auch von der jüdisch-nationalistischen Seite bedroht würde. Letztere würde die Assimilation als natürliches Ergebnis der wechselseitigen Beziehungen von Juden und Nichtjuden verhindern. Die sozialdemokratisch favorisierte Lösung hingegen, der jüdische Sozialismus, der im jüdischen Staat durchgesetzt werden soll, wird als „Posse“ bezeichnet, da nationale Solidarität unter kapitalistischen Verhältnissen ausgerufen werden würde und somit „das Proletariat zum Schleppenträger der Bourgeoisie“ verurteile.⁴⁹

Als einziger literarischer unter den klassisch journalistischen, teilweise wissenschaftlich geprägten Texten, befindet sich eine Reportage Egon Erwin Kischs über das Pariser Ghetto.⁵⁰ Da der kulturelle oder künstlerische Beitrag zu den Debatten um die Situation von Jüdinnen und Juden nicht unerheblich war, befasste sich auch das Feuilleton des GA – und solche Beiträge, die sich mit dem Stand der deutschen Kultur und Literatur auseinandersetzen – einhergehend mit dem Verständnis von emigrierter Kunst und Kultur (auch) mit jüdischen Themen. Konkterkariert werden die positiven Positionierungen später durch Hinweise auf die Etablierung einer „Braunen Literaturgeschichte“.⁵¹ Die Tatsache, dass die personelle Zugehörigkeit zu linken und/oder jüdischen Kreisen eine relevante Fluchtursache nach 1933 war⁵², setzte sich mit der Entwicklung einer Literatur der Emigration insofern fort, als dass diese Netzwerke mit ihren Selbstverständnissen und Fremdzuschreibungen eine Beschäftigung mit „jüdischen Fragen“ geradezu

⁴⁸ Wrage: Sozialdemokratie (wie Anm. 47), S. 47.

⁴⁹ Wrage: Sozialdemokratie (wie Anm. 47), S. 50f.

⁵⁰ Kisch, Egon Erwin: Le Pletzl. Das Ghetto in Paris, geschildert in Notizen. In: UZ 6 (1934). S. 30–37. Dieser Text erschien unter dem Titel „Notizen aus dem Pariser Ghetto“ ebenfalls in Kischs 1934 veröffentlichtem Band *Geschichten aus sieben Ghettos*.

⁵¹ Vgl. Rubrik: Bemerkungen. In: GA 12 (1935). S. 4. Hier wird auf den Literaturhistoriker Adolf Bartels und dessen „Lebensaufgabe“ einer „reinlichen Scheidung über Juden und Nichtjuden in der Literatur“ Bezug genommen.

⁵² Vgl. u. a. Weiskopf, F.C.: Abrechnung mit Gottfried Benn! Antwort auf eine „Antwort“. In: GA 3 (1933). S. 7.

herausforderte.⁵³ Es liegt jedoch auf der Hand, dass der Schwerpunkt der Herausbildung jüdischer Themen in Zusammenhang mit Verfolgungserfahrungen erst in den 1940er Jahren unübersehbar deutlich wird.⁵⁴

Ergänzend zu den großen Ressorts der Zeitung finden sich auch in den kleineren redaktionellen Sparten häufig Verweise, teils Polemiken, auf abzulehnende Positionen im Debattenkreis um die „Judenfrage“. Zwei von ihnen, die „Bemerkungen“ und der sogenannten „Briefkasten der Redaktion“ sollen hier näher betrachtet werden.

In den „Bemerkungen“ werden einerseits aktuelle Beiträge aus nationalsozialistischen Blättern wie dem *Stürmer*, dem *Angriff*, dem *Völkischen Beobachter* oder dem *Judenkenner* ausschnittsweise abgedruckt und kommentiert. Letzterem, dem Bundesblatt der *Alliance Raciste Universelle (A.R.U.)*, wird dabei bescheinigt, dass der *Stürmer* im Vergleich ein Salonblatt wäre, denn hier ist die Rede vom „Krepieren der Feinde“, davon, dass „Judenhörige“ damit rechnen würden, das deutsche Volk „mit Hilfe des bolschewistischen Weltjuden in einem neuen Massenschlachten der Gojim“ auszurotten.⁵⁵ Solche Beispiele werden im Laufe der Erscheinungsjahre stets radikaler und seitens der Antifaschisten mit einer Mischung aus Empörung, Unglauben und Sarkasmus quittiert. In einer mit „Die Juden sind schuld – sogar am Antisemitismus“ überschriebenen Notiz wird auf die Äußerungen aus *Das Schwarze Korps* und *Der Angriff* Bezug genommen, das Zutrittsverbot für bestimmte Stätten entstamme der jüdischen Tradition selbst (das Beispiel sei ein Boykott des Titusbogens im antiken Rom) und die „nationalsozialistische Beschäftigung mit dem Judenproblem geschehe auf Wunsch der Juden“. Das Fazit des GA an dieser Stelle lautet: „Die Nationalsozialisten bemühen sich als wirkliche Judenfreunde die geheimen Wünsche der Juden bestmöglich zu erfüllen. Sie sind selbstaufopfernde Judenknechte – und Antisemiten aus Rücksicht auf die Juden.“⁵⁶

Andererseits nutzt diese Rubrik auch jüdische Quellen und deren ebenfalls abzulehnende Positionen, um die eigene Linie verdeutlichen, wie z. B. eine Aufforderung der Reichsvertretung der deutschen Juden, bei der Volksabstimmung zur Wiederangliederung des Saargebietes mit „Ja“ zu stimmen. Oder ein in der zionistischen Prager *Selbstwehr* aufgefundener Beitrag, in dem behauptet wird,

53 Vgl. u. a. Weiskopf, F.C.: Hier spricht die deutsche Literatur!“ In: GA 19 (1935). S. 4; ders.: Judäa – Dachau – Verdun. Zu einigen Werken der deutschen Emigrationsliteratur. In: GA 50 (1935). S. 4.

54 Die 1941 in Mexiko D.F. gegründete Zeitschrift *Freies Deutschland* z. B. versammelt ein ähnliches personelles Netzwerk von Redakteuren und Beiträgern wie der GA.

55 Rubrik: Bemerkungen. In: GA 17 (1935). S. 6.

56 Rubrik: Bemerkungen. In: GA 20 (1935). S. 4.

die Sowjetunion habe mit der Territorialisierung und der Produktivierung der jüdischen Bevölkerung wichtige Grundsätze des Zionismus übernommen. Der GA antwortet darauf, man würde jedoch vergessen,

dass die Sowjets vorher die Revolution gemacht haben, vorerst die Bourgeoisie gestürzt haben, vorerst die soziale Befreiung durchgeführt haben, indem sie die Diktatur des Proletariats errichteten. [...] Nicht die Frage des Territoriums entscheidet, sondern die Frage der Klassenherrschaft auf diesem Territorium. Niemand weiß das besser als die jüdischen Werktätigen – in Palästina.⁵⁷

Unter der Rubrik „Briefkasten der Redaktion“ hingegen werden Antworten und Erklärungen an Adressaten formuliert, von denen behauptet wurde, sie hätten sich zuvor schriftlich an die Redaktion gewandt. Deren Anliegen werden teils paraphrasiert, teils wörtlich abgedruckt. Dieses Leserbriefmodell bestand jedoch, Freis eigener Aussage zufolge, zu einem nicht unerheblichen Teil aus erdachten Briefwechseln, „einer“, wie er sagt, „alten Technik [...], manche Gedanken in Form einer Antwort an einen fingierten Briefeschreiber“ zum Ausdruck zu bringen.⁵⁸ Bemerkenswert sind vor allem Antwortschreiben in Richtung Tel-Aviv oder Haifa, in denen sich Themen wie Arbeiterbewegung und Zionismus, antifaschistische Solidarität und Kommunismus verbinden.

Ein Beispiel ist der Auszug eines Briefes aus Tel-Aviv, in dem von Lügen der ortsansässigen, hebräischen Presse zum Thema Kommunismus die Rede ist sowie von der Notwendigkeit, gegen den nationalstaatlichen Chauvinismus und sozialdemokratische Illusionen zu kämpfen. Die Briefeschreiber versichern dem GA: „Wir agitieren hier für Eure Zeitschriften, die für uns die einzigen Mittel zur Erfahrung der Lage in Europa und der UDSSR sind.“⁵⁹ Oder wir erhalten die Information über die Gründung einer nationalistischen Antifa der Sozialdemokraten in Palästina, welche durch den GA als vordergründig politisches Manöver angezweifelt wird. Es heißt: „Antifaschisten dürfen sich nur diejenigen nennen, die den Kampf gegen den Faschismus allem anderen voran stellen.“⁶⁰ Offensichtlich waren mehrere Berichte über diese „Antifa“ der Poale Zion eingetroffen, die laut GA weitergeleitet, jedoch nicht gedruckt wurden.⁶¹ Es fallen auch Nachfragen über Möglichkeiten der Einwanderung in das sowjetische, jüdische Siedlungsgebiet Birobidschan ins Auge, und zwar in einer Quantität, die eine gewisse Werbe-

⁵⁷ Rubrik: Bemerkungen. In: GA 3 (1935). S. 8.

⁵⁸ Gespräch. In: Krämer/Müller: Register (wie Anm. 1), S. 10.

⁵⁹ Rubrik: Briefkasten. In: GA 15 (1934). S. 5.

⁶⁰ Rubrik: Briefkasten. In: GA 5 (1935). S. 6.

⁶¹ Rubrik: Briefkasten. In: GA 2 (1935). S. 8.

funktion vermuten – vor allem, wenn man die Konzeption des „Briefkastens“ mitbedenkt.⁶²

* * *

Das Verhältnis von Kommunismus und Judentum hinsichtlich nationaler oder klassenübergreifender Lösungsansätze weist u. a. auf Perspektiven hin, die sich durch eine Hinwendung zur Volksfront eröffnen könnten. Über das erklärte Ziel des GA hinausgehend, einerseits den nationalsozialistischen Antisemitismus samt traditioneller Legendenbildung und politischer Instrumentalisierung sichtbar zu machen, und andererseits unter produktiver Weiterentwicklung einer (zumeist kritischen) Auseinandersetzung mit emanzipatorischen Bestrebungen jüdischer Interessengruppen, müssen zwangsläufig Ansätze gefunden werden, die den Kompromiss über die Ausgrenzung stellen. Der auffälligen Verbindung eines Feindbildes „Jude“ mit dem Marxismus aus der einen und mit dem Kapitalismus aus der anderen Perspektive liegt die Annahme einer spezifisch jüdischen Funktion oder gar Urheberchaft zugrunde. Diese Angriffsfläche scheint jedoch im Falle des bereits erwähnten Gebietes Birobidschan auch für positive Projektionen nutzbar gemacht zu werden.

Unter dem Titel *Birobidjan. Sozialistische Lösung der Judenfrage in der Sowjetunion* wird einem Rekurs auf die Ritualmord-Sonderausgabe des *Stürmer* und neuerlichen Pogromandrohungen im Mai 1934 die Meldung entgegengesetzt, dass Birobidschan zu einer autonomen jüdischen Sowjetrepublik erklärt werden soll. Damit wäre bewiesen, dass „der siegreiche Sozialismus wahrhaft die Befreiung aller unterdrückten Nationalitäten und Rassen bedeutet.“ Neben der dort herrschenden kulturellen und sozialen Freiheit wären die ansässigen Juden im Unterschied zu Palästina – einer „jüdischen Heimstätte von Gnaden und zum Nutzen des englischen Imperialismus“ – gleichberechtigt in den sozialistischen Aufbau- und Produktionsprozess eingebunden. Das Fazit lautet dementsprechend: „Während der Faschismus im Dienste des Finanzkapitals die tiefste barbarische Pogromhetze bringt, bringt der Kommunismus nach Lenins und Stalins Lehren auch den jüdischen Werktätigen Freiheit und Aufstieg zum Sozialismus.“⁶³

Ein zweiter Artikel basiert auf einem Vortrag von Lord Marley, einem britischen Labour-Politiker mit engen Verbindungen zu Münzenberg, und umreißt sowohl die geographischen, sozialen und landwirtschaftlichen Vorzüge des Ge-

⁶² Vgl. u. a. Rubrik: Briefkasten. In: GA 26 (1934), S. 3; GA 51 (1934), S. 4; GA 2 (1935), S. 8.

⁶³ Anonym: Birobidjan. Sozialistische Lösung der Judenfrage in der Sowjetunion. In: GA 20 (1934), S. 2.

bietes als auch die sich bietenden Möglichkeiten für Einwanderer.⁶⁴ Gleichzeitig wird auf das wohlwollende Interesse amerikanischer Geldgeber, die geflüchtete jüdische Familien unterstützen würden, wie auch darauf hingewiesen, dass massenhafte Immigration aus dem Ausland derzeit nicht geplant sei. Voraussetzung sei, neben einschlägiger Qualifizierung, vor allem die externe Finanzierung und der Vorbehalt der Auswahl von Einwanderern durch die Sowjetregierung selbst.

In den „Bemerkungen“ der nachfolgenden Ausgabe findet sich eine exemplarische Reaktion des *Angriff* auf Birobidschan mit dem Titel *Russland konzentriert die Juden. Geschäftssucht der jüdischen Elemente. Gründung einer Judenrepublik*. Dessen Schlussfolgerung lautet, die Juden Russlands würden lediglich aus dem Grunde in diesem Gebiet zusammengezogen, um „sich selbst zu beschwindeln und zu begaunern“ und die restliche UdSSR von ihnen zu befreien. Auch ein Beitrag von *Arbeitertum*, dem Blatt der Deutschen Arbeiterfront, wird herangezogen.⁶⁵ Die „Arbeiterhölle Sowjetrussland“, zugleich „Judenparadies“, wird durch eine Fotografie lachender jüdischer Kinder in Birobidschan illustriert. Damit soll das deutsche Volk vor vergleichbarer sozialer Ungerechtigkeit sowie vor dem Bolschewismus schlechthin gewarnt werden. Darüber hinaus wird appelliert, dass etwa der Verzicht auf höhere Löhne ein Teil der sozialen Revolution in Deutschland sein müsse – als „Voraussetzung für die Arbeitsmöglichkeiten von Millionen Volksgenossen.“ Das zynische Fazit der Redaktion lautet: „Die Millionen ‚Volksgenossen‘, die durch die Lösung der sozialen Frage die Voraussetzung für ihre Lebensmöglichkeiten gefunden haben, dürften die Volksgenossen Millionäre sein.“

Die Verschränkung der „Judenfrage“ mit dem Komplex „Arbeiterbewegung“ findet auf mehreren Ebenen statt. Bereits benannt wurde die wirtschaftliche Dimension, die sich im sozialistischen Aufbau und im Kampf gegen kapitalistisch generierte Klassenunterschiede zeige. Auf politischer Ebene wird beides diskursiv mit dem Kommunismus selbst und mit dem antifaschistischen Widerstand verbunden. Ein selten deutliches Beispiel findet sich in einem von 33 jüdischen Jungarbeitern aus Brünn unterzeichneten Brief an Ernst Thälmann, in welchem die nationalsozialistische Pogromhetze als zweigerichtetes Ablenkungsmanöver aufgefasst wird.⁶⁶ Erstens würden die nicht-jüdischen Ausgebeuteten von ihren wahren Ausbeutern abgelenkt und zweitens könnten die jüdischen Ausgebeuteten nicht erkennen, dass ihr Platz an der Seite des kämpfenden deutschen

⁶⁴ Anonym: Birobidjan. Ein Vortrag von Lord Marley. In: GA 22 (1934). S. 3. Siehe auch: König, G.: Die Lösung der Judenfrage in der Sowjetunion. In: UZ 6 (1934). S. 52–58.

⁶⁵ Bemerkungen. In: GA 12 (1935). S. 4.

⁶⁶ Brief: 33 jüdische Jungarbeiter grüßen Ernst Thälmann. In: GA 43 (1934). S. 4.

Proletariats sei. Mit Verweis auf Birobidschan als Beispiel für die Befreiung aller jüdischen Werktätigen und der Solidarisierung mit der Komintern wird hier der gemeinsame Kampf gegen Hitler als unumgänglich gewertet. Allerdings beinhaltet diese Sichtweise 1934 noch wesentlich mehr Merkmale der Einheitsanstelle einer Volksfront. Es ist noch keine Rede von der Einbeziehung bürgerlicher Kräfte und die Betonung liegt auf dem Widerstand des Proletariats.

* * *

Trotz aller Heterogenität, mit der die „Judenfrage“ im GA thematisiert und verhandelt wurde, lässt sich der binäre Gegensatz von nationalstaatlichen und marxistisch-internationalistisch geprägten Lösungsansätzen stellvertretend für Tendenzen des Kommunismus und des Zionismus als ein prominentes Muster identifizieren. Das Beispiel Birobidschan zeigt jedoch, zudem in Verbindung mit dem Brief an Thälmann, dass selbst diese Grenze nicht klar gezogen werden kann und die Uneinheitlichkeit im Kurs auf eine positive Lösung programmatisch bleibt. Ein letzter Ausblick auf das Schicksal der Juden vom Frühjahr 1936 greift noch einmal den jüdisch-nationalen Standpunkt auf, verbunden mit der Frage, ob „der Nationalsozialismus nicht doch ein verträgliches Verhältnis zu den Juden anstrebe oder sie wenigstens dulde, sobald sie aus der kulturellen und staatlichen Gemeinschaft der Deutschen ausgeschieden seien.“⁶⁷ Es bliebe nun abzuwarten, ob der radikale oder der kompromisslerische Flügel der Partei – gemeint ist die NSDAP – in der „Judenfrage“ siegen werde. Frei fasst die rassentheoretischen Absurditäten und die Instrumentalisierung des Antisemitismus als „praktische Ausführungen Hitlerscher Grundlehren“, die mit „preußischer Gründlichkeit zum System“ gemacht, und die Macht der Nationalsozialisten stets retten würde, sobald sie ins Wanken gerate. Der politische Sinn des nationalsozialistischen Antisemitismus liegt für Frei in der Identifizierung des Judentums mit dem Marxismus: „Dass nach Hitler auch der Kapitalismus jüdisch ist, bedeutet nur, dass alles, was am Kapitalismus böse ist, jüdisch sein muss, denn alles Böse ist jüdisch und alles Jüdische ist böse.“ Die durch die Assoziation mit dem Kampf gegen das Weltjudentum erleichterte Propagierung der deutschen Kriegsbestrebungen gegen die Sowjetunion wird zum national autarken Alleingang stilisiert, worauf eine plakative Frage Goebbels’ abzielt: „Was geht es die Welt an, wie wir mit unserem Juden fertig zu werden suchen?“ Frei hält mit einem größeren Kontext dagegen:

[D]ie große Mehrheit des deutschen Volkes ist nicht antisemitisch, sondern antifaschistisch. Der Kampf gegen den barbarischen Hitlerantisemitismus ist ein Teil des antifaschistischen

67 Frei, Bruno: Die Juden – Ein Ausblick. In: GA 5 (1936). S. 7.

Volkskampfes um ein freies und menschenwürdiges Deutschland. Aber auch nur im Rahmen dieses Freiheitskampfes kann es eine Rettung für die deutschen Juden geben.⁶⁸

Dies bedeutet schlussendlich auch, dass die „Judenfrage“ erneut an einen anderen Kampf angegliedert und ihre (Auf-)Lösung als Konsequenz des Umsturzes eines bestimmten diktatorischen und totalitären Systems vorweggenommen wird.

* * *

Es lässt sich feststellen, dass die Beschäftigung des GA mit der Lage der Juden innerhalb Deutschlands zwar auch, aber nicht ausschließlich auf die stetig zunehmenden nationalsozialistischen Repressalien und deren innenpolitische Funktion für den Machterhalt rekurrierten. Die Ausdifferenzierung und Ermächtigung der Rassenideologie sowie deren Instrumentalisierung zu Kriegsvorbereitungen gaben den Debatten in Verbindung mit antikommunistischen und anti-sowjetischen Ressentiments überdies eine zunehmend außenpolitische Relevanz.

Wiederholt wurden jüdisch-nationale und zionistische Positionen und Fraktionen als einerseits konsolidierendes Moment der Ideologie des Dritten Reiches und andererseits aus der Perspektive des kommunistischen Internationalismus unversöhnlich angegriffen. Jedoch trat der GA auch, unter dem Aspekt eines Kompromisses zwischen kommunistischer Fortschrittsutopie und einem angenommenen jüdischen Interesse zwischen Emanzipation und Assimilation gelegenen Interesse, zunehmend für teil-emanzipatorische Lösungsansätze ein. Eine direkte Lösung wurde in der Produktivierung, der Einbeziehung der jüdischen Werktätigen in den sozialistischen Aufbau, gesehen. Als indirekte Annäherungsstrategie zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Lebenswelten wurden kulturelle Beziehungen aufgezeigt, da es gerade im Bereich der Literatur aufgrund der Entwicklungen während der Exil- und Emigrationsperiode möglich wurde, Zwischenpositionen einzunehmen und Divergenzen zu überbrücken.

Der GA ist aufgrund seiner kurzen, vor den mächtigen Zäsuren der Moskauer Prozesse, des Hitler-Stalin-Paktes und der Shoah liegenden, Erscheinungszeit sowie anhand seiner politischen und kulturellen Schwerpunktsetzung ein ergiebiger Untersuchungsgegenstand, wenn es darum geht, bestimmte ideologische Dynamiken und deren Auswirkungen auf intellektuelle wie politische Debatten aufzuspüren. Gleichzeitig können – und sollten – die damit anzunehmenden Einflüsse auf die Eigenwahrnehmung und die Fremdzuschreibungen von einzelnen Exilierten und Emigranten während der letzten Vorkriegsjahre nachvollzogen und diskutiert werden.

⁶⁸ Frei: Ausblick (wie Anm. 67), S. 7.